

Ein Budget - viel Kritik

Positionen zum Budgetentwurf für 2013 im Überblick



PROJET DE LOI
concernant
LE BUDGET DES RECETTES
ET DES DÉPENSES DE L'ÉTAT
2013

Der Budgetentwurf von Finanzminister Frieden sorgte für viele Diskussionen

Foto: Pierre Matgé

LUXEMBURG Wird genug gespart oder herrscht doch Austerität vor? Liegt das Potenzial in Wirklichkeit bei den Einnahmen? In den nächsten Wochen wird noch einmal viel im Parlament über das Budget für 2013 diskutiert werden. Die Meinungen zum Entwurf

liegen vor. Sie befassen sich mit den kurzfristigen Auswirkungen, blicken aber gleichzeitig mit gemischten Gefühlen auf die nächsten Jahre. Wir stellen die Positionen wichtiger Akteure vor. ●



Chambre des Fonctionnaires et Employés de l'Etat

Solide Finanzen

Für die Funktionärskammer sind die öffentlichen Finanzen solider als sie von vielen Seiten dargestellt werden. Sowohl auf Einnahmen- wie auch auf Ausgabenseite habe sich im vergangenen Jahr die Lage gebessert. Die öffentliche Verwaltung sei eine der am wenigsten kostenden im europäischen Vergleich, die Finanzen des Landes im weltweiten Vergleich gut. Wert legt die Kammer auf ein ausgeglichenes Budget mit Ausblick auf eine möglichst große Reduzierung der Schulden, solange sie nicht auf Kosten des Wirtschaftswachstums geht.



Chambre des Métiers

Antiwirtschaftliche Entwicklung

Für die Handwerkskammer stehen die öffentlichen Finanzen vor einer schwierigen Herausforderung, auch langfristig. Die demographische Alterung sowie die öffentliche Verschuldung verbessern diese Aussicht nicht unbedingt. Die Maßnahmen der Regierung reichen der Chambre des Métiers allerdings nicht aus. Das erklärte Ziel der Regierung, das Defizit des Zentralstaats in den Griff zu bekommen, werde nicht erreicht werden können. Darüber hinaus bestehe die Konsolidierung des Haushalts hauptsächlich über eine Reduzierung der öffentlichen Investitionen sowie eine Erhöhung der Steuerlast. Vor allem die Einseitigkeit dieser Initiativen wird bemängelt.



Cour des Comptes

Resultate anstreben

Der Rechnungshof zieht in seinem Avis zum Budgetentwurf die Notbremse. Der Staat schränke sich in seiner Bewegungsfreiheit zunehmend ein, während die Verschuldung weiter zunehme und wichtigen Investitionen der Weg verstellt werde. Er schlägt die Aufsetzung eines strategischen Plans mit klaren Prioritäten vor, die über die Sicht der einzelnen Ministerien hinweggehe. Darüber hinaus setzt sich die Cour des Comptes für die Überlegung von Maßnahmen für die kommenden Jahre ein. Kurzfristig müsse der Staat kritisch über seine Ausgaben wachen, mittelfristig dann die strukturellen Probleme lösen. Das Gesamtziel lautet: Weniger Politik der Mittel („culture de moyens“), dafür Resultate anstreben.



Chambre des Salariés

Schaden für Haushalte

Wirtschaftlich kontraproduktiv und sozial ungerecht - das sind die Schlagworte, die die Arbeitnehmerkammer für den Budgetentwurf findet. Besonders die Privathaushalte litten unter den Sparmaßnahmen, etwa beim Kilometergeld, sie, die ohnehin die meiste Steuerlast tragen: 50,7 Prozent gegenüber 32,9 Prozent, die von den Unternehmen stammen und 16,5 Prozent aus andere Quellen. Auch wenn das Land noch verhältnismäßig gut dastehe, bleibe viel zu tun. Zum Beispiel bei Steuerdelikten oder in Sachen Steueroptimierung.



Chambre de Commerce

Strukturelle Reformen fehlen

Es seien lediglich punktuelle Eingriffe der Regierung. Resultat: Die Ausgaben wachsen nach wie vor schneller als die Einnahmen. Auch die ständig steigende Staatsschuld bewertet die Kammer als deutliches Zeichen „budgetärer Entgleisung“. Problematisch sei der Schuldenstand deshalb, weil die Tilgung ausschließlich über neue Kredite finanziert wird. Auch die Nachbesserung der Haushaltsvorlage sei nicht ausreichend. Die Regierung habe die Entwicklung bei den Einnahmen nämlich allgemein zu großzügig angesetzt. Die Einnahmen werden überschätzt. Im Budgetplan wurden 317 Millionen Euro zu viel eingeplant, so die Handelskammer, und meint, dass die Regierung die Steuerschraube nicht weiter anziehen dürfe. Konkrete Vorschläge der Kammer würden 2013 zu 719 Millionen weniger Ausgaben und 260 Millionen Euro mehr Einnahmen führen.



Conseil d'Etat

Angst vor Ausgabenexplosion

Der Staatsrat kritisiert in seiner Stellungnahme die mangelnde Kontrolle der Ausgaben, die seit Ausbruch der Wirtschaftskrise stark gewachsen seien. Grund dafür sei auch die Ausgabenpolitik, langfristige Engagements einzugehen, ohne unbedingt finanzielle Absicherungen zu treffen. Zudem seien steuerpolitische Überlegungen anzustellen. Erhöhungen seien hier eine Möglichkeit. Der Staatsrat verweist darüber hinaus auf die noch nicht umgesetzte europäische Richtlinie 2011/85/EU, die eine strengere Haushaltsführung ermöglichen würde.